SonntagsZeitung

Kontroverse um UBS-Investmentbank

US-Justizministerium will eine Milliarde Dollar von der Grossbank, ein Grossaktionär die Aufspaltung

Basel Wenn UBS-Präsident Axel Weber nächsten Donnerstag durch die Generalversammlung führt, schwebt immer noch der Devisenskandal wie eine schwarze Wolke über der Bank. Das amerikanische Justizministerium (DOJ) brütet weiterhin darüber, wie hoch die Busse für die Marktmanipulationen der UBS sein soll. Laut gut informierten Kreisen könnte sich die Unsicherheit aber bald legen.

Noch im Mai, wahrscheinlich in der Woche des 18., wird bekannt werden, dass die UBS noch einmal knapp eine Milliarde Franken dafür zahlen muss, dass ihre Händler von der Investmentbank im Verein mit Kollegen von anderen Banken die Kunden bei den Wechselkursen betrogen haben. Gefeilscht wird noch darum, ob mit der Busse auch eine formale Verurteilung verbunden wird, was die Chance für potenzielle Zivilklagen erhöhen würde. Schwieriger würde es für die UBS auch bei den Regulierungsbehörden der EU und bei der Wettbewerbskommission in der Schweiz, die auch noch je eine Busse kassieren wollen.

Nicht nur wegen der damit verbundenen Reputationsrisiken wird das Investmentbanking an der Generalversammlung zum Thema werden. Eric Knight, der mit seiner Knight Vinke rund ein Prozent der Aktien hält und damit zu den grossen UBS-Aktionären zählt, will die Frage aufbringen, ob sich das risikoreiche Geschäft überhaupt lohnt oder ob es nicht besser wäre, es abzustossen und mit der Investmentbank der CS oder der Deutschen Bank zusammenzulegen.

Ähnliches forderten auch schon der ehemalige Konzernchef Luqman Arnold, Christoph Blocher oder in abgewandelter Form auch der ehemalige Präsident Peter Kurer. Gemäss offiziellen UBS-Zahlen ist das Investmentbanking hoch profitabel, obwohl es in den letzten

Jahren stark verkleinert wurde und immer wieder von Bussen wegen der Sünden der Vergangenheit geplagt wird. In der Finanzkrise brach die Sparte der UBS fast das Genick, 80 Milliarden Franken musste sie wegen Immobilienanlagen abschreiben, es brauchte Kapitalerhöhungen und Staatshilfe. Doch seither ist vieles geschehen, die Risiken wurden stark heruntergefahren, was allgemein anerkannt wird. Im letzten Jahr trug es zwar wegen hoher Bussen nur 87 Millionen Franken zum Gewinn bei, im Jahr zuvor betrug der Gewinn aber 2,3 Milliarden.

Subventionen aus der Vermögensverwaltung

Die Frage der Profitabilität erschöpft sich jedoch laut Knight nicht nur in den ausgewiesenen Zahlen. Es stellt sich auch die Frage, ob die Bank sich nicht besser auf das Vermögensverwaltungsgeschäft konzentrieren und ihr Geld dort für Wachstum einsetzen sollte. Knight will nun von der Bank wissen, wie hoch die Finanzierungskosten sind, welche die UBS intern der Investmentbank berechnet. Er will von der Bank gehört haben, dass bei einer Abspaltung der Investmentbank die Finanzierungskosten für diese viel höher würden. Daraus schliesst er erstens, dass die Bank ihr Investmentbanking mit billigem Geld aus der Vermögensverwaltung subventioniert, und zweitens, dass es viel besser wäre, eine Abspaltung zu machen.

Knight: «Wir glauben, dies würde zu einer massiven Neubewertung der UBS-Aktien führen – mit Kursen, die 50 bis 100 Prozent höher liegen würden als im Moment. Unserer Meinung nach ist die einzige Hoffnung, dass die Anleger einen Teil der Verluste, die in den Jahren 2008–2009 angefallen sind, wieder zurückholen könnten.»

Gegenüber der SonntagsZeitung will die UBS nichts von dieser Argumentation wissen. UBS-Sprecher Marc Hengel sagt: «Knight verkennt in seiner Argumentation, dass es Synergien gibt zwischen dem Investmentbanking und der Vermögensverwaltung. Dazu gehört auch, dass sich die Bank als Gruppe günstig refinanzieren kann. Das hat nichts mit einer Subvention des Investmentbankings zu tun.» Sowohl Präsident Weber wie auch der UBS-Finanzchef äusserten sich in der Vergangenheit ähnlich.

Eine Abspaltung der Investmentbank würde auch ihre Position in der Vermögensverwaltung untergraben. Hengel: «Wir haben die Investmentbank bereits stark heruntergefahren. Was wir noch haben, entspricht den Bedürfnissen der Kunden. Wir könnten nicht die Nummer eins in der Vermögensverwaltung sein, wenn wir keine Investmentbank hätten.» Knight überzeugt die Argumente allerdings nicht. Er will an der GV entsprechend kritische Fragen stellen.

Arthur Rutishauser